

Tschechien (Seiten 433 bis 437)

01) Tschechische Regierung steht

[Die Verhandlungsführer der beiden Bündnisse](#) einigten sich vorige Woche auf den Koalitionsvertrag, der am Montag unterzeichnet wurde - somit steht das Regierungsprogramm in Tschechien. Das Kabinett soll 18 Mitglieder haben, Premierminister wird, wie schon erwähnt, der Vorsitzende der Bürgerdemokraten, **Petr Fiala**.

<https://deutsch.radio.cz/neue-tschechische-regierung-koalitionsvertrag-unterzeichnet-8733555>

Neue tschechische Regierung: Koalitionsvertrag unterzeichnet

09.11.2021

<https://deutsch.radio.cz/neue-tschechische-regierung-koalitionsvertrag-unterzeichnet-8733555>

Länge 3:52



Koalitionsvertrag unterzeichnet|Foto: Michal Kamaryt, ČTK

Die Sieger der Abgeordnetenhauswahlen vom Oktober – die Bündnisse Spolu (Bürgerdemokraten, Christdemokraten und Partei Top-09) und PirStan (Piratenpartei und Bürgermeisterpartei Stan) – haben am Montag den Koalitionsvertrag für das künftige Regierungskabinett unterzeichnet.

Seite 434 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 804 vom 25.11.2021

Die Verhandlungsführer der beiden Bündnisse einigten sich vorige Woche auf den Koalitionsvertrag. Am Montag wurde er unterzeichnet, und damit steht das

Regierungsprogramm. Das Kabinett soll 18 Mitglieder haben, Premierminister wird der Vorsitzende der Bürgerdemokraten, Petr Fiala. Nach der Unterzeichnung der Dokumente merkte er an:



Petr Fiala|Foto: Michaela Danelová, Tschechischer Rundfunk

„In den kommenden vier Jahren erwarten uns Systemänderungen, die Tschechien vorantreiben sollen. Es geht darum, dass der Staat mit den Geldern der Steuerzahler besser wirtschaftet.“

Das Regierungsprogramm sieht die Einführung von strengeren Haushaltsregeln vor, eine effektivere Arbeit der Ämter sowie den Ausbau der Autobahnen und von Trassen für Hochgeschwindigkeitszüge. Fiala erklärte weiter, die neue Regierung müsse Tschechien aus der gesundheitlichen, der ökonomischen sowie aus der Wertekrise führen:

„Wir wollen in einem Land leben, in dem wieder Wohnungen und Straßen gebaut werden. Wir wollen in einem Land leben, in dem die Bildung und die Ideen der Bürger genutzt werden. Wir wollen hingegen nicht, dass der Staat von Bürokratie überlastet wird, sondern dass er wirklich den Menschen dient.“



Vít Rakušan|Foto: Filip Jandourek, Tschechischer Rundfunk

Der Vorsitzende der Bürgermeisterpartei Stan, Vít Rakušan, versprach seinerseits nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags:

Seite 435 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 804 vom 25.11.2021

„Wir werden so arbeiten, dass wir den Menschen am Ende unserer Regierungsjahre selbstbewusst und mit ruhigem Gewissen ein klares Zeugnis darüber ablegen können, dass wir unser Land vorangebracht haben.“

Die angehende Koalition will außerdem die elektronische Registrierkassenpflicht (EET) aufheben, die sie seit ihrer Einführung kritisiert. Des Weiteren sollen die Pläne für den Ausbau des Donau-Oder-Elbe-Kanals gestoppt werden. Zudem sieht der gemeinsame Vertrag vor, ab 2025 zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes in die Verteidigung zu investieren.



Ivan Bartoš | Foto: Ondřej Deml, ČTK

Für ihre künftige Regierungszeit haben die beiden Bündnisse zwölf inhaltliche Prioritäten formuliert. Sie wollen sich unter anderem auf die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen konzentrieren, auf eine klare Bindung an die EU und die Nato, auf die Familien- und Sozialpolitik sowie auf eine Rentenreform. Der Vorsitzende der Piratenpartei, Ivan Bartoš, sagte zum Koalitionsvertrag:

„Ich denke, es ist eine gute Nachricht für die Tschechische Republik, dass ihre Zukunft in einer demokratischen Regierung liegt. Dies war die größte Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Das Koalitionsprogramm, an dem wir fünf Wochen lang gearbeitet und darüber beraten haben, ist der erste Schritt zu Veränderungen, die Tschechien sehr gut tun werden. Davon bin ich überzeugt.“

Sobald die Noch-Regierung der Partei Ano und der Sozialdemokraten ihren Rücktritt einreicht, will Petr Fiala mit Präsident Miloš Zeman zusammentreffen.

Autoren: [Martina Schneibergová](#) , [Zdeňka Trachtová](#)

[Wir können Ihnen hier eine vorläufige Liste](#) der zu erwartenden Minister anbieten, viel wird sich daran wohl nicht mehr ändern.

<https://docs.google.com/document/d/18iq4JVAOvGVbFzeGkmERllueH674Xgzi/edit>

Tschechische Regierung 2021
(Stand 09. 11. 2021)

Ministerpräsident:
Petr **Fiala** (ODS)

Justiz:
Pavel **Blažek** (ODS)

Verteidigung:
Jana **Černochová** (ODS)

Seite 148 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 804 vom 25.11.2021

Verkehr:
Martin **Kupka** (ODS)

Kultur:
Martin **Baxa** (ODS)

Innen:
Vít **Rakušan** (STAN)

Wirtschaft:
Václav **Michalík** (STAN)

Bildung:
Petr **Gazdík** (STAN)

Europa:
Radim **Sršeň** (STAN)

Gesundheit:
Vlastimil **Válek** (TOP 09)

Wissenschaft und Forschung:
Helena **Langšádlová** (TOP 09)

Landwirtschaft:
(KDU-ČSL)

Arbeit/ Soziales:
Marián **Jurečka** (KDU-ČSL)

Umwelt:
(KDU-ČSL)

Regionale Entwicklung und Digitalisierung:
Ivan **Bartoš** (Piraten)

AA:
Jan **Lipavský** (Piraten)

Legislative:
Jakub **Michálek** (Piraten)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.140, 2021

Wien, am 10. November 2021

Slowenien (Seiten 438 bis 440)

02) Anton Stres, Erzbischof im Ruhestand von Ljubljana zu Versöhnung und historische Betrachtungen

11. 11. 2021



Dr. Anton Stres (Photo: Matic Štojs Lomovšek)

Anton Stres, Erzbischof im Ruhestand von Ljubljana (Laibach): Wir bewegen uns nicht auf eine Versöhnung zu, das Verbrechen der marxistischen Revolution ist heute noch lebendig.

In der Sendung Beremo sprach der pensionierte Erzbischof von Ljubljana, Theologe und Philosoph Anton Stres, über die kommunistische Revolution während und nach dem Zweiten Weltkrieg, die Massaker der Nachkriegszeit und die Bemühungen um Versöhnung und Religionsfreiheit in Slowenien. Er wies unter anderem darauf hin, dass sich die Lage im Land in den letzten Jahren nicht entspannt, sondern eher verschlechtert hat:

„Wir bewegen uns nicht auf eine Versöhnung zu, sondern entfernen uns immer weiter davon. Die politische Ausgrenzung ist auch eine Fortsetzung des Krieges. Ausgrenzung bedeutet, dass man jemanden vernichten will. Das ist eine Frage des Krieges. Das ist keineswegs so unbedeutend, dass man es einfach ignorieren könnte.“

Anlässlich des dreißigsten Jahrestages der Versöhnungszeremonie in Kočevski Rog und des hundertsten Geburtstages von Erzbischof Dr. Alojzij Šuštar fand heuer im Sommer in

der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana ein Symposium zum Thema „Slowenische Versöhnung“ statt.

Versöhnung zwischen Polen und Deutschen positiv hervorgehoben

Laut Stres stößt der Versöhnungsprozess immer wieder auf sehr große Hindernisse. Die Teilnehmer an dieser Diskussion waren sehr unterschiedlich. „Jeder schien zu versuchen, der Versöhnlichste zu sein, bei einem Versöhnungssymposium kann man nicht wirklich seine Muskeln zeigen.“ Er ist überzeugt, dass die Bemühungen allein schon ein Fortschritt sind und lobenswert sind. Allerdings gibt es noch einige große Hindernisse, die seiner Meinung nach noch nicht überwunden sind, damit diese Versöhnung erreicht werden kann.

„Wir müssen die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen in Betracht ziehen, oder nach jedem Bürgerkrieg, wenn die Zeit gekommen ist und es notwendig ist, zusammen zu arbeiten und zu leben.“

Er erinnerte daran, dass die EU auch mit dem Ziel gegründet wurde, dass die Europäer in Harmonie leben. „Es braucht viel guten Willen, der leider nicht immer ausreicht“, betonte er.

Umfangreiches Lexikon des Theologen

Der Theologe und Philosoph Stres hat vor Jahren ein umfangreiches, tausend Seiten starkes Lexikon der Philosophie vorgestellt, das praktisch nutzbar ist. „Die dankbarsten Nutzer sind vor allem Studenten oder solche, die in die Welt der Philosophie einsteigen. Sie waren in der Regel sehr zufrieden damit“, fügte er hinzu.

Stres begann seinen Beitrag mit dem Titel „Slowenische Versöhnung“, indem er an die konstituierende Sitzung der ersten demokratisch gewählten Versammlung der Republik Slowenien erinnerte, die Anfang Mai 1991 stattfand und bei der der neu gewählte Präsident der Versammlung, Dr. France Bučar, die berühmten Worte sprach:

„Mit der Verfassung dieser Versammlung können wir glauben, dass der Bürgerkrieg, der uns fast ein halbes Jahrhundert lang gebrochen und gelähmt hat, vorbei ist.“

Laut Stres war dies ein schöner Wunsch, eine Hoffnung, die sich noch nicht ganz erfüllt hat.

Geschichte ist auch Wissenschaft und wird von Gewinnern geschrieben

„Da betone ich dann mindestens drei Dinge, die als Bedingung für eine Fortsetzung gelöst werden müssen. Das erste ist, dass wir nicht akzeptieren, dass sich die Geschichte nicht ändern darf. Also diese ideologische Darstellung.“ so er Theologe.

Laut Stres ist dies notwendig, wenn wir wollen, dass Geschichte eine Wissenschaft ist. In der Wissenschaft ändert sich nämlich alles. Die Wissenschaft ist ein Friedhof der wissenschaftlichen Theorien:

„Wenn eine Darstellung dessen, was in einem bestimmten Zeitraum geschehen ist, nicht wahr ist und der Wahrhaftigkeit nicht standhält, muss sie geändert werden.“

Laut Stres ist dieser Schwur, dass wir die Geschichte nicht ändern werden und dass sie immer so bleiben muss, wie wir sie bisher dargestellt haben, nicht angebracht, aber man

muss sich bewusst sein, dass die Geschichte von Gewinnern geschrieben wird. Das muss aufhören.

Weiters weist Stres auf die ungelöste Zweideutigkeit hinsichtlich der moralischen Bewertung von Gewalt im Allgemeinen und der proletarischen oder kommunistischen Revolution im Besonderen hin:

„Wir haben in dem Glauben gelebt und auch heute noch liegt es in der Luft, dass die Revolution vollkommen in Ordnung war und dass sie moralisch unanfechtbar ist und dass diejenigen, die sich der revolutionären Gewalt widersetzen, Feinde waren, die im Unrecht waren. Die proletarische Revolution, in deren Namen die OF und die Kommunistische Partei handelten, führte ihre Verbrechen auch im Namen höherer Ziele, der historischen Herrschaft, aus. Sie sagten, dass eine proletarische Revolution stattfinden muss, um eine neue Menschheit zu schaffen. Das ist eine kommunistisch-marxistische Ideologie, eine ideologische Geschichtsauffassung, dass es eines Tages notwendigerweise eine proletarische Revolution geben wird, dass dies das Gesetz der Geschichte mit eiserner Notwendigkeit ist, sagt Karl Marx.“

Diejenigen, die anderer Meinung waren, sagten laut Stres, dass ihre Rebellion ungerechtfertigt und unbegründet sei, ja sogar schon ein Verbrechen darstelle. „Das gibt es heute noch“, fügte er hinzu.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Form eines Artikels in [DEMOKRACIJA](#) von Nina Žoher / Nova24tv

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER